

2012-03-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 01.02.2012

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 42**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Verwaltung

Hantusch, Joachim Beigeordneter für
Wirtschaft und Stadtentwicklung

Fraktion der CDU

Weber, Hendrik

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie
Krüger, Otto-Harald
Sanftenberg, Angela
Schönemann, Ralf

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Böhler, Axel
Griebsch, Hannelore
Schröter, Steffen

unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit 36 stimmberechtigte Mitglieder) durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, eröffnet.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung ergriff zunächst **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, das Wort. Er führte aus, nach einem den Stadträten vorliegenden Antrag der CDU soll die Stadt Dessau-Roßlau keine Klage gegen die Errichtung eines FOC, also eines Factory-Outlet-Centers in Brehna einlegen und das anhängige Klageverfahren beenden. Der Antrag sei nicht mehr und nicht weniger als ein Anschlag, ein Anschlag auf unsere Stadt, insbesondere die Zukunft der Dessauer Innenstadt.

Es erfolgte seitens des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, der Hinweis, dass es sich um eine nichtöffentliche Vorlage handelt und man sich momentan in der Frage der Aufstellung der Tagesordnung befinde.

Genau dazu wolle er sprechen, erwiderte **Herr Dr. Neubert**. Er wolle begründen, weshalb er die Tagesordnung geändert wissen möchte. Man wolle der Stadt der rechtlichen Möglichkeiten rauben, die ihr gegen die Zerstörung ihrer Innenstadt planerisch und raumordnerisch fraglos zustehen und damit Entwicklungen befördern, die man nicht haben wolle. Die Kollegen der CDU-Fraktion seien offensichtlich nicht bereit gewesen, soweit auch beratungsresistent, ihre Vorlage selbst zurückzuziehen und damit das Übel aus der Welt zu schaffen. Deshalb stelle er namens seiner Fraktion folgende Anträge:

1. Absetzung des von der CDU eingebrachten Beschlussvorschlages von der Tagesordnung. Dieser Antrag begründe sich mit der Tatsache, dass sich die Stadt nicht die rechtlichen Möglichkeiten zur Wahrung ihrer vitalen Interessen nehmen lassen darf und das absurd durch einen Beschluss des Stadtrates selbst, dessen erste Aufgabe die Nutzung aller Möglichkeiten sein muss, Schaden von der Stadt abzuwenden. Darüber hinaus sei es absurd und kontraproduktiv, eine solche weitreichende Entscheidung zu treffen.

Das seien schon Ausführungen zur Sache, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Das Anliegen sei berechtigt, das könne er so vortragen, er habe auch kein Problem darüber abzustimmen. Den Stadträten sei klar, welche Intention Herr Dr. Neubert verfolge, aber er könne jetzt keine Diskussion in der Sache, auch nicht ansatzweise zulassen, wofür er um Verständnis bitte.

Er komme zu 2. der Begründung, fuhr **Herr Dr. Neubert** fort. Natürlich müsse man für eine hinreichende Entscheidung das die Klage begründende und genau die Befürchtungen bestätigende Gutachten abwarten, welches zurzeit nicht vorliege. Sollte dem Antrag 1 - Absetzung von der Tagesordnung - kein Erfolg beschieden sein, beantrage er für die Fraktion **2. die Behandlung** des CDU-Antrages im **öffentlichen statt im nichtöffentlichen Teil** der Sitzung.

Für die öffentliche Behandlung sprechen zwei Gründe. 1. Es gehe um eine Grundsatzentscheidung für die Zukunft unserer Stadt, nicht jedoch um gegebenenfalls vertraulich zu behandelnde Details, etwa mögliche gutachterliche, prozessuale oder gerichtliche Details des Vorgehens. 2. Die Öffentlichkeit habe ein Recht zu erfahren, wer sich wie im Stadtrat in dieser Angelegenheit positioniert und wie er damit zu seiner Stadt steht. Das gelte insbesondere für die Händler der Innenstadt, zusammengeschlossen in der City-Gemeinschaft, die sich mit einem eindringlichen Appell an die Fraktionen des Stadtrates gewandt haben, alles ihnen Mögliche gegen die zerstörerischen Wirkungen des Vorhabens in Brehna zu tun. Der 1. Antrag sei der weiterreichende.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, beantragte für die Fraktion das **Absetzen** der Informationsvorlage **5.1** - Ostrandstraße 3. BA, weil man sich in der vergangenen Woche mit der Verwaltung über einen geänderten Terminablaufplan verständigt hatte, der in Ruhe ausgearbeitet werden soll, aber noch nicht vorliegt. Deshalb solle diese Vorlage heute nicht behandelt oder zur Kenntnis genommen werden. Weiterhin beantragte er die **Absetzung** des Tagesordnungspunkt **6.10** - Ersatzneubau Muldebrücke, Bauwerk 11, weil in diesen Maßnahmebeschluss eine Behelfsbrücke aufgenommen worden ist, die 2 Mio. € kostet, mit der Politik bisher aber nicht diskutiert wurde. Es gebe andere denkbare Lösungen, was in Ruhe im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt behandelt werden sollte. Deshalb Zurückverweisung an den Bauausschuss, um die Vorlage im März ordentlich im Stadtrat zu behandeln.

Herr Meister, Leiter des Amtes 63, bezog sich zunächst auf den Punkt zur Absetzung der Informationsvorlage, was er als nicht notwendig erachte, da es eine Informationsvorlage ist. Diese sei einmal in den entsprechenden Gremien besprochen worden und könne jetzt vom Stadtrat zur Kenntnis genommen werden. Die Information sei ja praktisch in der Welt, die Information sei da, weshalb die Vorlage dort belassen werden sollte. Sich auf das Bauwerk 11 beziehend, habe man geschrieben, dass die Vorlage unter dem Vorbehalt besteht, dass letztendlich Fördermittel in diese Richtung auch gelenkt werden sollen. Das sei eine Entscheidung, die der Stadtrat im März letztendlich fällen müsse. Diese Vorlage soll dazu führen, im Vorfeld zu klären, ob technisch die beschriebenen Dinge auch die Zustimmung des Stadtrates finden. In diesem Fall sollte die Beschlussvorlage behandelt werden, um die Dinge vorzuklären, damit man dort im letztendlichen Stepp auch Entscheidungsfähigkeit finden könne.

Herr Otto betonte, die Informationsvorlage entspreche nicht mehr dem letzten Stand, der zwischen Politik und Verwaltung besprochen wurde. Deshalb sollte die Vorlage heute auch nicht zur Kenntnis genommen werden. Man wisse, im Bauausschuss ist es schon einmal zur Kenntnis genommen worden, der neue Kenntnisstand müsse eingearbeitet werden und komme dann in den Stadtrat. Bezüglich des Maßnahmebeschlusses zum Ersatzneubau Muldebrücke bestehe er auf seinem Antrag, da man mit dem Maßnahmebeschluss beschließe, eine Behelfsbrücke vorher zu bauen, an einer Stelle, wo man auch die richtige Brücke bauen könnte. Diese technische Lösung sei so mit der Politik nie besprochen worden. Er habe alle Beschlussvorlagen nachvollzogen, es gebe nichts darüber. 2 Mio. € könne man nicht einfach im Stadtrat unterjubeln. Man habe noch Zeit und könne das im März bereden und ordentlich diskutieren. Eine heutige Diskussion sei nicht sinnvoll.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, brachte die Änderungsanträge zur Abstimmung.

Der Antrag zur **Absetzung des Tagesordnungspunktes 7.1** wurde mehrheitlich **abgelehnt** (13:20:02)

Dem Antrag zur **Befassung des Tagesordnungspunktes 7.1 im öffentlichen Teil** wurde mehrheitlich **zugestimmt** (19:18:01). Der Punkt 7.1 werde in der Tagesordnung als 6.11 eingeordnet stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates** fest.

Der Antrag zur **Verweisung** des Tagesordnungspunktes **5.1 an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** wurde mehrheitlich (25:12:01) angenommen.

Dem Antrag zur **Verweisung des TOP 6.10** an den **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** wurde mehrheitlich **zugestimmt** (31:06:01).

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form bestätigt (36:01:01).

3. Berichte des Oberbürgermeisters

3.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Eingangs seines Berichtes verwies **Herr OB Koschig** auf die in dem vergangenen Monat stattgefundenen Neujahrsempfänge, insbesondere auf den der Stadt Dessau-Roßlau am 8. Januar im Anhaltischen Theater. Er sprach allen Akteuren ein herzliches Dankeschön aus.

Die ersten Wochen des Jahres 2012 waren allerdings auch umschattet von den Ereignissen bei der Demonstration am 7. Januar anlässlich des Gedenkens an Oury Jalloh sowie einer Messerattacke auf einen Bürger unserer Stadt, der einem anderen Bürger zu Hilfe kommen wollte. Die Stimmung heizte sich in unserer Stadt auf, Spontandemonstrationen folgten. Herr Koschig dankte allen, die dazu beitrugen, dass besonnen gehandelt wurde und Gewaltfreiheit obsiegte. Dem Opfer der Messerattacke, André Schubert, wünschte er gute Besserung.

Die Arbeit des Netzwerkes „Gelebte Demokratie“, des Runden Tisches der Religionen und weiterer Initiativen, Vereine und Verbände habe sich als sehr hilfreich und wichtig gezeigt. Das Netzwerk habe bereits einen Protest für den 10.03.2012 vorbereitet, an dem wieder eine Demonstration angekündigt wurde.

Der **Haushalt 2012** der Stadt Dessau-Roßlau wurde durch das Landesverwaltungsamt mit strengen Auflagen genehmigt.

Dem Hinweis, sich bereits bei seinem letzten Bericht für den Erhalt des **JVA-Standortes** in Dessau-Roßlau ausgesprochen zu haben, fügte Herr OB Koschig an, es habe seither verschiedene Initiativen gegeben. Seine Neujahrsansprache habe er ebenfalls dafür genutzt. In der Zwischenzeit war der Staatssekretär des Justizministeriums, Herr Schmidt-Elsässer in unserer Stadt und hat das Landgericht und die Justizvollzugsanstalt besucht. Beim OB stellte er das Konzept der Lenkungsgruppe des Justizministeriums zum Neubau einer großen Einrichtung in Halle, Frohe Zukunft, vor und daraus ableitend die Schließung von drei Einrichtungen im Land. In allen Varianten ist die Einrichtung in Dessau-Roßlau betroffen. Dieser schwierigen Situation sei nicht einfach zu begegnen.

Heute fand ein erstes Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten des Landgerichtes, dem Leiter der JVA, dem leitenden Oberstaatsanwalt, dem Vorsitzenden des Anhaltischen Rechtsanwaltsvereins und dem Stadtratsvorsitzenden bei ihm statt. Es wurde sehr ausführlich die Situation besprochen und es wurde auf das Konzept des Justizministeriums eingegangen, das jetzt im Monat Februar vom Kabinett bestätigt werden soll, sofern es nicht auch dort noch Rückfragen gibt. Es wurde in unserem Gespräch die Bildung von zwei Arbeitsgruppen besprochen, um gemeinsam Maßnahmen und Initiativen zu entwickeln, um die Schließung der JVA in Dessau-Roßlau zu verhindern.

Zunächst gibt es eine Arbeitsgruppe auf Arbeitsebene, die sich intensiv mit dem Konzept des Justizministeriums auseinandersetzen und dazu auch Strategien und Vorschläge entwickeln soll. Eine Arbeitsgruppe auf politischer Ebene soll gebildet werden, wozu unsere Landtagsabgeordneten und Mitglieder des Stadtrates eingeladen werden. Von jeder Fraktion des Stadtrates sollte ein Vertreter in der Arbeitsgruppe mitarbeiten, da die Schließung letztendlich nur politisch verhindert werden kann. Zahlreiche Landespolitiker haben die JVA inzwischen besucht, demnächst wird auch der Bundestagsabgeordnete Lischka in unsere Stadt kommen.

Das **Jubiläumsjahr ANHALT|800** habe begonnen, fuhr Herr OB Koschig in seinem Bericht fort, die offizielle Eröffnung findet am kommenden Freitag mit einem Festakt im Anhaltischen Theater Dessau statt. Die Billets sind auf ganz Anhalt verteilt und auch stark nachgefragt. Aus diesem Grunde bat Herr Koschig, dass derjenige, der eine Einladung bekommen hat, aber nicht teilnehmen kann, seine Karten der Geschäftsstelle wieder zur Verfügung stellen sollte, um die Nachfrage befriedigen zu können.

Die Geschäftsstelle ANHALT|800 arbeitet in der bisherigen Besetzung. Die Wirtschaftsförderung und Tourismus Anhalt GmbH hat einen Förderantrag beim Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr LSA eingereicht und einen vorzeitigen Maßnahmebeginn zum 1.1.2012 in Aussicht gestellt bekommen. Das Projekt läuft im Programm „Regionalentwicklung. Dank des Kabinettsbeschlusses wurde das ausdrückliche Interesse an der Maßnahme bekundet. Die WTA geht bis zur Bewilligung des Projektes in finanzielle Vorleistung bei den Gehaltszahlungen der beiden Kolleginnen. Die Co-Finanzierung erfolgt wie im vergangenen Jahr über die Landkreise und die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau, wobei es noch Abstimmungsbedarf mit dem Salzlandkreis gibt.

Herr Kirchenpräsident Joachim Liebig hat mit der redaktionellen Bearbeitung des Satzungsentwurfs für den Verein Anhaltische Landschaft die Vereinsgründung weiter vorangetrieben. In der Lenkungsgruppe am 15. Dezember 2011 wurde das Netzwerk darüber ausführlich informiert. Mit diesem Verein wollen wir die Arbeit des Netzwerkes langfristig sichern.

Die Wanderausstellung „ANHALT|800“ wurde am 23. Januar 2012 in der Landesvertretung in Berlin erstmals präsentiert und vom Ministerpräsidenten eröffnet. Inzwischen wurde eine 3. Auflage der Wanderausstellung erarbeitet. Die Koordinierung liegt in den Händen der Stadt Zerbst. Auch unsere Landesvertretung in Brüssel hat Interesse an der Wanderausstellung signalisiert. Zum Festakt am 3. Februar 2012 wird die Wanderausstellung im Anhaltischen Theater Dessau präsentiert.

In der *AG Bildung* werden die zahlreichen Schulprojekte koordiniert. Fast alle Schulen unseres Landes nehmen hier teil. Die Preisträger der Schüler-Wettbewerbe wurden am

17. Januar 2012 in der Marienkirche ausgezeichnet. Im nächsten Jahr wird es eine bundesweite Lehrerfortbildung zum Thema ANHALT|800 geben.

Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten ANHALT|800 ist das Ausstellungsvorhaben „Anhalt International“ eines der zentralen Projekte. Die Ausstellung wird am 29. Juni in der Dessauer Marienkirche eröffnet.

Ministerpräsident Dr. Haseloff und EU-Kommissarin Reding haben die Übernahme der Schirmherrschaft bestätigt.

Die Festschrift „800 Jahre Anhalt“ befindet sich im Druck und wird zum Festakt erscheinen. Sobald die Förderanträge für die beantragten Veranstaltungen seitens der Netzwerkpartner bestätigt sind, wird es einen Veranstaltungskalender in gebundener Form geben.

Am 09.02.2012, 10.30 Uhr (Hauptbahnhof Dessau), wird ein Mottozug der DB Regio eingeweiht, der Werbung für ANHALT|800 macht.

Am gleichen Tag wird um 12.00 Uhr im Rathaus-Center Dessau die Philatelistische Ganzsache in Anwesenheit des Alt-Ministerpräsidenten Prof. Böhmer präsentiert. (Der Briefmarkenverein wird die Ganzsache während des Jubiläumsjahres auch in den anderen Residenzstädten präsentieren.)

Weitere Veranstaltungen und Projekte können auf der Internetseite dem Veranstaltungskalender entnommen werden.

Das Organisationsbüro für den **Sachsen-Anhalt-Tag 2012** ist mit den erforderlichen Fachkräften aufgestellt. Derzeit läuft noch das Anmeldeverfahren für alle, die sich gern zum Sachsen-Anhalt-Tag in unserer Stadt präsentieren, darstellen oder auch gewerblich einbringen möchten. Wer sich bislang noch nicht angemeldet hat, sei nochmals herzlich eingeladen. Die Teilnehmeranträge sind im Internet zu finden.

In Vorbereitung befindet sich eine Allgemeinverfügung. Die Allgemeinverfügung setzt das Festgebiet fest und ist die Rechtsgrundlage für das erforderliche hoheitliche Handeln. Die Allgemeinverfügung ist zudem die Grundlage für den Abschluss privatrechtlicher Verträge mit Gastronomen, Händlern, Gewerbetreibenden und sonstigen Teilnehmern. Ziel ist es, die Allgemeinverfügung im Amtsblatt März zu veröffentlichen.

Kultur

Mehrfach wurde über das **Kulturkaufhaus Roßlau** berichtet. Nun ist als neuer Eröffnungstermin der 6. März 2012 geplant. Der Umzug in die Hauptstraße 11 ist in Vorbereitung. Ab 9. Februar bleibt deshalb die Stadtbibliothek in Roßlau in der Südstraße 9 geschlossen. Die Bibliothek bittet alle ihre Kunden, sich für die Schließzeit ausreichend mit Literatur, Filmen und anderen Medien zu versorgen: „Leihen Sie aus so viel Sie tragen können“, das macht den Umzug leichter.

Tierpark

Alle Mitarbeiter der Einrichtung haben freiwillig als persönlichen Beitrag für 2011 eine Stundenreduzierung zur Haushaltskonsolidierung erbracht. So hat jeder Beschäftigte im Tierpark auf 7,5 % des Lohns ohne Ausgleich verzichtet. Dennoch war 2011 eines der erfolgreichsten Jahre unseres Tierparks, er konnte 86.733 Besucher begrüßen. Das

sind 11.279 Besucher mehr als im Vorjahr. Die Schließung im Dezember fand im Wesentlichen Akzeptanz.

Sport

Traditionell begann das neue Sportjahr mit dem am 8. Januar 2012 durchgeführten internationalen Hallenfußballturnier der Männer um den „FORD-CUP 2012“. Sieger war die SG Union Sandersdorf. Mit 1.337 Zuschauern war die Veranstaltung auch gut besucht.

Am Sonntag, dem 22. Januar 2012, führte das Sportamt zum 13. Mal das internationale Handballturnier der Männer um den „PEUGEOT-CUP“ durch.

Im Finale siegte vor 1.826 Zuschauern der TBV Lemgo gegen die Füchse Berlin.

Am **28. und 29. Januar** war in der Anhalt Arena das bedeutendste und hochkarätigste **internationale Hallenfußballturnier der U 11-Junioren** Deutschlands um den **„Allianz-Cup 2012“**. Borussia Dortmund konnte seinen Titel erfolgreich verteidigen und feierte seinen insgesamt achten Erfolg bei diesem Turnier. An diesem Wochenende waren gut 600 Gäste aus Europa und Deutschland in Dessau-Roßlau zu Gast. Von den Gästen wurde immer wieder betont, dass dieses Turnier in Dessau-Roßlau das Beste in dieser Altersklasse in Deutschland ist. Über 2.000 Zuschauer sahen Samstag und Sonntag die insgesamt 92 Spiele.

Allgemeine Informationen:

Gemäß § 9 Abs. 2 Hauptsatzung informierte Herr OB Koschig den Stadtrat über den Ablauf und wesentliche Ergebnisse einer **Einwohnerversammlung**:

Am 19. Dezember 2011 fand in der Sporthalle der BSG Medizin in **Mosigkau** eine Einwohnerversammlung statt. Sie wurde von etwa 90 Mosigkauer Bürgerinnen und Bürgern besucht. In der Versammlung wurden die Ergebnisse der Studie zur „hydraulischen Modellierung der Hauptfließgewässer von Kochstedt und Mosigkau“ vorgestellt. Die hydraulische Leistungsfähigkeit des Hauptgewässersystems in der Ortslage, die Lokalisierung von Engstellen und daraus abzuleitende Maßnahmen und Handlungsempfehlungen waren Schwerpunkte der Vorstellung und der anschließenden Diskussion.

Am 13. Januar 2012 konnte im Rahmen des Neujahrsempfanges der Dessau-Roßlauer Wirtschaft der **Unternehmerpreis 2011** übergeben werden an

- die FVK Faserverstärkte Kunststoffe GmbH Dessau (wurde von Herrn Dr. Franze entgegengenommen),
- Gedack Rohrsysteme GmbH (Ralf Mohs),
- Hubert Ernst (Stadtsparkasse Dessau) für sein Lebenswerk.

Anlässlich der **UN-Klimakonferenz** in Durban, Südafrika (Dezember 2011), präsentierte sich Dessau-Roßlau zusammen mit anderen Mitgliedskommunen im Klima-Bündnis mit einem Statement zu seinen Klimaschutzaktivitäten.

„Klimaschutz verbündet! Dessau + Roßlau = Klimaschutz²“ - mit dieser gemeinsamen Aktion wurde dargestellt, dass auf lokaler Ebene Klimaschutz vielfältig, zeitnah und langfristig umgesetzt wird.

In Vorbereitung ist ein Netzwerktreffen mit ostdeutschen Städten, die wie unsere Stadt dem Klimabündnis angehören, um darüber hinaus weitere Kommunen für diese Arbeit zu werben.

Weitere Veranstaltungen:

23. Januar 2012 Im Kultusministerium in Magdeburg fand ein Trägergespräch der Theater und Orchester des Landes Sachsen-Anhalt als Auftaktveranstaltung des Kultusministeriums für die nächste Förderperiode des Landes statt. Im Wesentlichen wurde hier eine Analyse der Arbeit unserer Theater und Orchester im Lande in Vorbereitung der demnächst anstehenden Verhandlungen vorgenommen.
27. Januar 2012 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Naziregimes (Holocaust-Gedenken) am Mahnmal im Stadtpark
28. Januar 2012 Preisverleihung im Wettbewerb Anhalt Bär in der Orangerie des Georgiums. Dies war eine gemeinsame Veranstaltung mit der Initiative Dessauer Leuchttürme. Frau Lakotta-Just und Herr Dr. Michels haben hier die Auszeichnungen der sehr interessanten Wettbewerbsbeiträge vorgenommen. Mit Unterstützung der Sparkasse wird nun mit den schönsten Wettbewerbsergebnissen für das Dessau-Jubiläumsjahr 2013 ein Kalender gestaltet.

Am 27. und 28. Januar weilte der Bischof des Katholischen Bistums Magdeburg, Herr Dr. Georg Feige, in unserer Stadt zu einer Visitation und nutzte diese auch für ein Gespräch mit Stadträten, der Beigeordneten Nußbeck und Herrn OB Koschig.

Zum **Stand der Baumaßnahmen**, ANHALT|800 und Sachsen-Anhalt-Tag 2012 verwies Herr Koschig auf die an die Fraktionen ausgereichten schriftlichen Informationen.

Oberbürgermeister Koschig sprach eine **Einladung zum 15. Karnevalsumzug am 19. Februar 2012** aus. In Abstimmung mit den Stadtwerken wird in diesem Jahr auf einen eigenen Wagen verzichtet. Der OB werde zu Fuß gehen. Damit werde die Werkstatt des Anhaltischen Theaters, die mitten in den Vorbereitungen für die „Götterdämmerung“ steht, entlastet. Des Weiteren werden die dadurch eingesparten Mittel für den Sachsen-Anhalt-Tag zur Verfügung stehen.

Am 24. Februar wird die **20. Auflage des Kurt-Weill-Festes** eröffnet.

In den Zeitraum bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates fällt auch der 7. März. Herr OB Koschig sprach die **Einladung zum Gedenken an die Bombennacht des 7. März 1945** in der Pauluskirche aus.

Abschließend bat Herr OB Koschig um Zustimmung zu der heute ausgereichten **Tischvorlage**. Zur Unterstützung des demokratischen Protestes des Netzwerkes „Gelebte Demokratie“ am 10.03.2012 in Dessau-Roßlau soll ein **Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger** der Stadt Dessau-Roßlau erfolgen, sich mit friedlichen und kulturellen Aktivitäten am Protest zu beteiligen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass in unserer Stadt kein Platz für Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Gewalt ist.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner bat um die Abgabe eines Votums seitens der Mitglieder des Stadtrates zu der angesprochenen Tischvorlage „Erklärung des Oberbürgermeisters und der Fraktionen im Stadtrat Dessau-Roßlau“. Aus formaljuristischen Gründen könne heute kein Beschluss gefasst werden. Dies soll nach form- und fristgerechter Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtrates nachgeholt werden.

Der Stadtrat gab mehrheitlich seine **politische Willensbekundung** für die „**Erklärung des Oberbürgermeisters und der Fraktionen im Stadtrat Dessau-Roßlau**“ ab. Es erfolgte die Unterzeichnung der Erklärung durch die Fraktionsvorsitzenden.

3.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Über folgende Beschlüsse des nichtöffentlichen Teils der letzten Sitzung des Stadtrates (14. Dezember 2011) informierte Herr OB Koschig:

- Maßnahmebeschluss zur Aufrüstung der Beschleuniger in der Klinik für Strahlentherapie
- Erlaubnis zur privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen
- Auswahlverfahren der Stadt Dessau-Roßlau für den Abschluss eines Stromkonzessionsvertrages für das Stadtgebiet Dessau und das Stadtgebiet Roßlau (Elbe); Abschluss eines Stromkonzessionsvertrages
- Grundstücksangelegenheit - Erweiterung der Belastungsvollmacht für ein kommunales Grundstück in der Oechelhaeuserstraße
- Verweisung der Vorlage zur Entwicklung des Geländes Schadebrauerei
- an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie an den
- Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
- Zuwendungsvertrag mit dem Land Sachsen- Anhalt und der
- Moses-Mendelssohn-Gesellschaft Dessau e.V.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Burkhard Petersen, Energietisch Dessau, bezog sich auf die zum 1. Januar 2012 durch die DVV erhöhten Fernwärmepreise. Dies betreffe etwa 20.000 Haushalte in der Stadt Dessau, was mit Sicherheit 1/3 der Bevölkerung sei. Es gebe Initiativen gegen diese Preiserhöhung, die mittlerweile vom Energietisch Dessau und vom Mieterbund getragen werden.

Auf den Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates auf den Charakter der Einwohnerfragestunde, entgegnete Herr Petersen, dass er seine Fragen auch schriftlich gestellt habe. Hier gehe es darum, dass die Unterstützung des Stadtrates erbeten wird, die DVV für die Rücknahme der Preiserhöhung zu gewinnen. Sie werde auch als handwerklich falsch empfunden, die Preisgleitklausel sei nicht korrekt.

Herr Fischer stellte folgende Fragen:

- 2007 wurden von der DVV ebenfalls die Arbeitspreise angehoben, leider wurde es von der KdU-Richtlinie in keiner Weise berücksichtigt. Seine Frage sei, ob dies in diesem Jahr anders gehandhabt wird. Er bitte darum, dass sich dies in der KdU-Richtlinie entsprechend niederschlägt.
- An Herrn Hantusch (*in Vertretung nahm Herr Meister an der Sitzung des Stadtrates teil*) gewandt, sprach Herr Fischer an, dass derzeit ein Projekt „Wildnisgebiete“ in Vorbereitung sei. Leider sei in der Vorlage in keiner Weise dargestellt, wo diese Gebiete ausgewiesen werden sollen.

An dieser Stelle unterbrach ihn **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** mit dem Hinweis, dass Fragen nicht gestellt werden dürfen, die Gegenstand der Tagesordnung sind.

Zur ersten Frage von Herrn Fischer führte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** aus, die Überarbeitung und damit auch evtl. die Anpassung bestimmter finanzieller Obergrenzen erfolgt turnusmäßig in diesem Jahr. Wenn es um eine Anpassung an die gestiegenen Energiekosten geht, sei es bekannt, dass es hier um erhebliche kommunale Mittel geht, die durch Bund und Land gegen zu finanzieren sind. Das Anliegen sei aus Sicht der Mieter durchaus verständlich, der Stadtrat müsse jedoch dann die Entscheidung treffen, inwieweit man sich den Erwartungen finanziell annähern kann.

Herr Siegfried Traue, wohnhaft im Birkenweg 6 in 06846 Dessau-Roßlau, wies auf das sich hinter dem Vorhang im Ratssaal befindliche Wandbild. Hierbei handele es sich um eine große Gemeinschaftsarbeit dreier renommierter Dessauer Maler, Carl Marx, Erich Schmidt-Uphoff und eines weiteren. Das Bild stelle den Aufbauwillen der Stadt Dessau dar, wofür sich niemand schämen müsse. Für ihn sei es verwunderlich, dass dieses Bild von dem Vorhang verdeckt ist und er fragte, wann dieser endlich verschwindet.

Er habe dieses Thema schon einmal vor längerer Zeit im Haupt- und Personalausschuss angesprochen, erwiderte **Herr OB Koschig**. Damals habe er die Meinungsbildung in den Fraktionen erbeten und er schlage heute vor, die Anregung von Herrn Traue entgegen zu nehmen und es im Kulturausschuss zu besprechen.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Ostrandstraße 3. BA Zweite Muldebrücke; Information über Terminablauf und Risikobewertung der Planfeststellung für die lichtsignalisierte Kreuzungslösung Vorlage: DR/IV/069/2011/VI-66

Verwiesen an den **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

5.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Für die **Fraktion der SPD** gab **Herr Eichelberg** eine Erklärung ab.

Ausdrücklich wird der Standort unseres Gefängnisses unterstützt und man habe Bedenken, wenn das Gefängnis fällt, dass der ganze Justizstandort fällt. Wie der Oberbürgermeister bereits angedeutet hat, wird morgen der SPD-Bundestagsabgeordnete Lischka hier sein. Die SPD werde aktiv mit mehreren Landtagsabgeordneten in der Ortsvereinssitzung Dessau 1 nochmals Kontakt aufnehmen und erhoffe sich von allen Gremien bzw. allen Fraktionen und politischen Gremien Unterstützung, dass der Standort erhalten werden kann. Herr Eichelberg appellierte „Wer nicht kämpft, hat schon verloren und wir wollen kämpfen!“

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die weiteren Wortmeldungen fest und erteilte zunächst Herrn Knop, DVU, das Wort.

Herr Knop, DVU: „Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es empörend und beschämend für die Stadt, wie der Oberbürgermeister hier die feige und brutale Gewalttat eines kriminellen Ausländers gegen einen jungen deutschen Fußballer, nicht nur in der Presse, sondern eben auch hier und heute im Stadtrat beschönigt, beurteilt, ja weichgespült hat. Stellen wir uns das ganze, meine Damen und Herren, einfach umgekehrt vor, wenn der Täter ein Deutscher und das Opfer ein Ausländer gewesen wäre, hätte wahrscheinlich schon nach wenigen Minuten der Hubschrauber des Generalbundesanwaltes über Dessau gekreist...“ (*Glocke durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Dr. Exner.*)

Herr Knop: „Herr Vorsitzender ich bitte darum, ausreden zu dürfen, das ist eine öffentliche Mitteilung, das entspricht der Tagesordnung - ...dann hätten Politik und Medien einmal mehr einen Popanz natürlich des Rechtsextremismus hier in Dessau ...“ (*es gab empörte Einwürfe von Stadträten*)

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates erklärte, die Wahrheit liege sicher in der Mitte. (*Das Mikrofon am Rednerpultes wurde abgestellt, so dass die weiteren Ausführungen von Herrn Knop ohne Lautsprecher erfolgten.*) **Herr Knop** bat, in das Protokoll aufzunehmen, dass er nicht ausreden konnte.

Herr Dr. Exner betonte, Herr Knop habe hier ein Rederecht, wie jeder andere Stadtrat auch, aber kein Agitationsrecht. Es gehe hier um Informationen und Anfragen, welche er in jeder Hinsicht auch zulasse. Was er hier aber nicht zulasse, das habe er auch bei anderen Stadträten so gehandhabt, ist, dass hier einzelne Personen des Rates, der Oberbürgermeister oder sonst jemand beschimpft wird.

Herr Knop: „Herr Vorsitzender, dann haben Sie mir nicht zugehört, ich habe eine Meinung geäußert, ich habe eine Mitteilung von mir gegeben und bin damit in der Tagesordnung. Nehmen Sie ins Protokoll auf, dass Sie mich hier nicht ausreden lassen, oder lassen Sie mich weiter fortfahren.“

Er könne nur dann und so lange weiterreden, wie er hier vernünftige Ausführungen in einer vernünftigen Form macht, betonte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**.

Herr Knop: „Das habe ich getan, Herr Vorsitzender.“

Herr Dr. Exner erwiderte, das sehe er anders.

Herr Knop: „Dann beantrage ich jetzt, zu Protokoll zu nehmen, dass der Vorsitzende des Stadtrates mich nicht ausreden lässt. Diesen Antrag stelle ich.“

Er könne den Antrag sicherlich stellen, erklärte **Herr Dr. Exner**, er lasse jeden ausreden, der sich hier vernünftig verhält. Das habe er in anderen Sitzungen auch schon anderen Stadträten gesagt und sei genauso verfahren, wie bei ihm.

Herr Knop: „Herr Vorsitzender, dann versuche ich ein letztes Mal fortzufahren, in der Hoffnung, dass Sie mich ausreden lassen. Ich habe davon gesprochen, dass das Opfer ein Deutscher gewesen ist und der Täter ein Ausländer. Es ist also das Umgekehrte passiert, nur der Oberbürgermeister erklärt als erstes, dass der schwarzafrikanische Täter doch krank und depressiv gewesen sei. Herr Koschig, wie deutlich kann man das Messen mit zweierlei Maß denn eigentlich noch zum Ausdruck bringen? Sie beweisen, Herr Oberbürgermeister, in trauriger Weise hier politische Korrektheit, indem Sie 1. den Täter eine Bereicherung, wie Sie das hier nennen, in Schutz nehmen und 2. was ja

auch immer gut kommt, die Polizei kritisieren. Spätestens nach diesen Januarwochen, meine Damen und Herren, dürfte aber auch in Dessau-Roßlau klar geworden sein, dass der jahrzehntelange Massenimport von immer mehr Fremden aus aller Herren Länder ...“

An dieser Stelle unterbrach **Herr Dr. Exner** Herrn Knop und betonte, er bedaure es, aber er lasse ihn so lange reden, wie das hier vernünftig geht, das habe er ihm vorher angekündigt, aber so geht es nicht. Er entziehe ihm jetzt auch das Wort.

Herr Knop: „Gut, das nehme ich zur Kenntnis.“

Auf nochmaligen Hinweis von Herrn Knop am Präsidiumstisch sagte **Herr Dr. Exner zu**, dafür zu sorgen, dass das ins Protokoll aufgenommen wird.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, erhielt das Wort und bat seine Stadtratskollegen, sich vor dem Beginn der Stadtratssitzung spätestens 15.50 Uhr in die Anwesenheitsliste einzutragen. Es gebe ein schlechtes Bild ab, wenn viele erst nach Beginn der Sitzung kommen. Auf viele Stadtratssitzungen eingehend, legte er weiter dar, im TOP „Sonstige Anfragen und Mitteilungen“ sollten nur Sachen behandelt werden, die den Rat und die Verwaltung interessieren. Alles andere, was vorher in Amtsstuben und Dienstzimmern abgeklärt werden kann, gehöre nicht in die Stadtratssitzung. Weiterhin wünsche er sich, dass ein paar Stadträte erklären, wofür sie, wenn sie sich während der Rede des Oberbürgermeisters vollzeitig unterhalten haben, hinterher Beifall spenden. Es könne nur dafür sein, dass der Oberbürgermeister aufgehört hat, denn zuhören und sich unterhalten, könne er nicht.

Diese Hinweise seien nicht unberechtigt, stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, fest.

Frau Müller, SPD-Fraktion, brachte an Herrn Knop gewandt zum Ausdruck, sie kenne den jungen Mann persönlich. Er habe extra darum gebeten, dass das was ihm widerfahren ist, in keiner Weise für eine Rechtfertigung des Rechtsextremismus ausgenutzt wird. Sie bat Herrn Knop, dies zu akzeptieren. Dem Opfer der Messerattacke sei genug Leid geschehen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, richtete sich an das Präsidium und verwies darauf, dass er in der letzten Stadtratssitzung zum Thema Schillerplatz Akteneinsicht beantragt hatte. Bis zum heutigen Tag habe er keine Nachricht, wann diese genehmigt wird.

Den Hinweis nahm **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, auf.

Namens der **FDP-Fraktion**, verlas **Herr Dr. Neubert**, eine Laudatio auf **Herrn Ralf Hirsch, Sportdirektor** der Stadt Dessau-Roßlau und übergab ihm den von Rolf Ludwig erstellten und von der FDP-Fraktion gestifteten Kooperations- und Kommunikationspreis 2011. (Die Rede ist der Niederschrift beigelegt).

Herr Sportdirektor Ralf Hirsch dankte für die Ehre, die er nicht auf sich allein beziehe, sondern es als Würdigung des Sports in Dessau-Roßlau sehe. Man habe über 15.000 aktive Sportler in 116 Sportvereinen und sie leisten viel für ihre eigene sportliche Betäti-

gung, aber auch viel für unsere Stadt insgesamt, auch in der Außenwirkung. Auch die großen internationalen Veranstaltungen, die natürlich eine entsprechende Außenwirkung und ein gutes Image für unsere Stadt bringen, mache er nicht alleine. Von diesen 116 Sportvereinen sind 600 bis 700 ehrenamtliche Helfer Jahr für Jahr in allen Veranstaltungen dabei und organisieren sie mit. Es sei also eine Leistung von vielen engagierten Menschen in dieser Doppelstadt Dessau-Roßlau, die sich für eine sehr gute Sache einsetzen. Herr Dr. Neubert hatte auch die Infrastruktur des Sport, sprich die Bauten, Anhalt-Arena, das Paul-Greifzu-Stadion angesprochen. Diese sind gut und man könne glücklich sein, sie zu haben, weil man damit für die nächsten Jahre gut aufgestellt ist. Dennoch wolle er einen Wunsch äußern: Die Südschwimmhalle, die für unsere Bürger, Sportler und Schulkinder, die dort das Schwimmen lernen, da ist, brauchen wir auch. Diese müsse in den nächsten Jahren saniert werden, was natürlich viel Geld koste, was ihm bekannt sei. Man sollte aber gemeinsam zum Wohle der Stadt dafür sorgen, dass die Südschwimmhalle erhalten bleibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

6. Beschlussfassungen

6.1 Festlegung der Vertretungsregelung des Oberbürgermeisters

Vorlage: DR/BV/475/2011/I-OB

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates, legte im Namen der Fraktion dar, die vorliegende Beschlussvorlage sei völlig legitim und fachlich nicht in Zweifel zu ziehen. Es sei aber schade, dass es offensichtlich nicht möglich war, eine vertrauensbildende andere Entscheidung zu treffen, indem man bspw. einen anderen Dezernenten damit betraute. Dies sei schade, weil vertrauensbildende Maßnahmen unsere Stadt bitter nötig hätte. Er erinnere nur an die Ratssitzungen zum Ausgang des letzten Jahres.

Die Vorlage zur Vertretungsregelung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:06

Herr Oberbürgermeister Koschig verlas und übergab die Ernennungsurkunde als Bürgermeisterin an Frau Nußbeck.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bedankte sich für das Vertrauen und das überzeugende Votum. Sie wolle sich darum bemühen, eine sachliche und gute Zusammenarbeit in dieser Verwaltung zu leben. Sie hoffe, dass sie dabei alle unterstützen.

6.2 Vorzeitige Abwahl des Mosigkauer Ortsbürgermeisters

Vorlage: DR/BV/451/2011/I-12

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies darauf, dass in der Vorlage einmal von $\frac{2}{3}$ und einmal $\frac{3}{4}$ Mehrheit die Rede ist, was auf einen einheitlichen Nenner in der Beschlussvorlage gebracht werden sollte.

Herr Oberbürgermeister Koschig erklärte, es seien $\frac{2}{3}$ der Mitglieder für das Stellen eines Antrages und $\frac{3}{4}$ für die Bestätigung der fristgemäßen Antragstellung bzw. zur Abwahl erforderlich.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

Herrn Göricke wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Dr. Exner, der Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

6.3 Bestätigung der Wahl des 1. und 2. Stellvertreters des Ortsbürgermeisters - Vorlage: DR/BV/458/2011/I-12

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, es gehe um die Nachbestätigung des Herrn Säbel und Frau Jost. Fragen an beide anwesende Kandidaten wurden nicht gestellt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

6.4 Bestellung der Mitglieder des Integrationsbeirats der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/444/2011/I-GSB

Herr Schwierz, Fraktion Die Linke, merkte an, die Geschichte des Integrationsbeirates war nicht einfach und nicht frei von Widersprüchen. Die heutige Konstellation sei eine Arbeitsrichtung, welche die Fraktion so nicht haben wollte. Ihr wäre es wichtig gewesen, dass Mitglieder aus der Mehrheitsgesellschaft in diesem Integrationsbeirat mitarbeiten, so wie es dem Namen auch entspreche und wie es bspw. auch in der Stadt Leipzig gehandhabt werde. Die Fraktion werde sich bei der Entscheidung zur Vorlage der Stimme enthalten.

Auf Nachfrage stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, fest, dass sich niemand der zu bestellenden Mitglieder des Integrationsbeirates im Ratssaal befindet.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte aus, im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse hoffe er, nicht über Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften reden zu müssen. Man sei eine Gesellschaft in der Stadt, was zukünftig auch so bleiben soll. Dazu gehören sowohl die mit einem deutschen Pass als auch die ohne deutschen Pass. Er würde es begrüßen, wenn man sich sprachlich an diesem Punkt zusammenreißt. Zur Vorlage kommend, fragte er nach dem genannten Losentscheid, welcher aber selbst nicht beschrieben werde. Das sollte Inhalt der Vorlage sein.

Die Satzung des Integrationsbeirates habe sich zu Details der Verfahrensfragen nicht befunden, stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, fest. Es habe im Vorfeld aber eine Abstimmung gegeben, dass eine bestimmte Anzahl Vertreter der Verwaltung und Politik dieses Abstimmungsverfahren bestreiten. Dementsprechend ist im Einklang mit den entsprechenden einschlägigen Vorschriften verfahren worden.

Es liege eine Zuarbeit vor, weil es Anfragen gegeben hatte, warum soviel ungültige Stimmen waren, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Die Frage, wer jetzt das Los gezogen hat, könne er nicht beantworten. Ein Losentscheid war aber immer dann erforderlich, wenn eine gleiche Zahl der Vorschläge anlag und es immer nur um einen Sitz ging. Wenn 2 Sitze zu vergeben waren, war das entbehrlich. Es sei der Vorlage zu entnehmen, bei welchen Kandidaten Losziehungen erforderlich waren.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:07

**6.5 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Roßlau
Fernwärme GmbH
Vorlage: DR/BV/450/2011/II-30**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.6 Änderung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von
Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung)
Vorlage: DR/BV/457/2011/II-37**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.7 Namensgebung Musikschule
Vorlage: DR/BV/007/2012/V-40**

Auf Anfrage von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste Die Grünen**, gab **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, das Ergebnis der Abstimmung im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport (08:00:00) bekannt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.8 Investitionsprogramm nationale UNESCO - Welterbestätten - Aktuali-
sierung der Maßnahme Besucher-und Ausstellungszentrum am Bau-
haus in den Programmjahren 2009 und 2010
Vorlage: DR/BV/439/2011/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:13

6.9 Projektantrag "Städte wagen Wildnis - Vielfalt erleben" Vorlage: DR/BV/424/2011/VI-65

Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates und Fraktion Die Linke, bezog sich auf die versuchte Nachfrage des Herrn Fischer in der Einwohnerfragestunde. Er sei nicht uneins mit Herrn Fischer, wenn der sagt, Wildnis innerhalb einer Stadt, könnte zu Fehlinterpretationen führen. Ihn beschäftige bezüglich der Vorlage, wie konkret die Flächen ausgewiesen sind. Wenn man der Vorlage zustimme, müsse man sich klar sein, dass man sich auch bei der Nutzung der Flächen auf einen längeren Zeitraum festlegt und bestimmte alternative Projekte nur schwer umsetzbar sein werden. Er denke bspw. daran, ob man solche ausgewiesenen Flächen auch für eine Energieholzplantage durch Bepflanzung mit Kopfweiden z. B. nutzen kann. Dies wäre nicht ganz abwegig, weil man nach alternativen Energien sucht und Biomasse nicht ganz uninteressant sei. Weiterhin frage er sich, da die Zuwegung zu diesen Fläche, z. B. im Falle eines Brandes, nicht so einfach sein dürfte, wie das geregelt werde.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, erläuterte, es sei eine Vorlage, die in einer Entwicklung betrachtet werden müsse. Mit dem Wegzug der Leute gebe es immer mehr freie Flächen und man habe sich darüber Gedanken gemacht, wie man solche freien Flächen anlegen kann, ohne dass sie einen erheblich hohen Pflegeaufwand für die Stadt erfordern. Das habe man im Rahmen der IBA sehr deutlich probiert und auch Erfolge erzielt.

Im letzten Jahr wurde mit dem Beschluss des Leitbildes darauf gedrängt, die landschaftliche Zone weiter zu qualifizieren. Im September letzten Jahres wurde der Beschluss zur Biodiversität gefasst und eine logische Konsequenz sei heute diese Vorlage. Man habe lesen können, dass größere Städte als Dessau-Roßlau, nämlich Hannover und Frankfurt am Main sich genau diesem Thema auch widmen. Es sei heute so, dass in den landwirtschaftlichen Flächen kaum noch viele Tierarten leben. In den Städten werden heute viele Tiere und Pflanzen gefunden, wo sich Nischen finden, um dem Thema von Biodiversität auch Rechnung tragen zu können.

Ein wesentliches Argument für das Mittragen dieser Vorlage sei, man habe sich mit der IBA diesen Flächen gewidmet, an diesen Flächen wolle man weiterarbeiten. Es soll den Bürgern vermittelt werden, dass es nichts Negatives ist, dass es keine Unkrautwüste ist. Wenn man zum Stadtumbautag mit den Leuten hinausgehe, erkennen diese, was dort Sinnvolles dahintersteckt und das sei ein kleiner Kreis, den man erreiche. Man hoffe, dass mit den akquirierten Fördermitteln der Kreis größer gefasst werden kann. Es werde über das Förderprogramm in den nächsten Jahren die Pflege auch finanziell unterstützt. Der Ansatz, weiter zu denken, sei gut. Man überlege gerade, im Zusammenhang mit der Fortführung des Stadtentwicklungskonzeptes viel größer zu denken als man es bisher getan habe. Diese kleine Anzahl von Flächen werde nicht einengen.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, bemerkte, sie habe einmal den ehemaligen Baudezernenten verärgert. Man war mit dem ehemaligen Minister für Landwirtschaft und Bau in Dessau unterwegs und habe sich die Grünzüge im Rahmen des Stadtumbaus angesehen. Sie fragte dann den ehemaligen Baudezernenten der Stadt, wann das Unkraut mal gepflegt wird, was auch viele Bürger treffe. Man müsse die Bürger mitnehmen, denn sie erkennen nicht immer, dass das ein bewusst angelegter Grünzug ist, weil es

manchmal furchtbar aussehe. Sie ist für Grün in der Stadt, aber es müsse ordentlich gepflegt werden, da es ansonsten nicht mehr als Grün erkennbar sei.

Sich auf die Mückenbekämpfung in der Stadt beziehend, führte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, aus, dass diese Schutzflächen, die hier schon ausgewiesen sind, die Mückenbekämpfung erheblich behindern bzw. verbürokratisieren und erschweren. Er fragte, ob es bei diesem Programm noch schlimmer werde. Darauf entgegnete **Frau Jahn**, es werden damit keine neuen Naturschutzgebiete ausgewiesen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:04:02

**6.10 Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185
Maßnahmebeschluss
Vorlage: DR/BV/446/2011/VI-66**

Die **Vorlage** wurde von der Tagesordnung genommen und an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt **verwiesen**.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, rief den **Tagesordnungspunkt 7.1 Änderungsantrag zur Frist währenden Klageerhebung gegen die Baugenehmigung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld vom 12.01.2010** auf, welcher aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil gestellt wurde.

Herr Mau, CDU-Fraktion, verwies als Einreicher der Vorlage darauf, bei der Abstimmung zur Tagesordnung nicht anwesend gewesen zu sein. Seine Stimme hätte sicher ausgereicht, die Vorlage im nichtöffentlichen Teil zu belassen. Die CDU-Fraktion stelle jetzt den **Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage im nichtöffentlichen Teil zu verhandeln**, denn es werden Erläuterungen notwendig, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind und Rechte Dritter berühren.

Nach Abstimmung des Präsidiums mit Herrn Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, stellte der **Vorsitzende des Stadtrates** fest, dass eine einfache Mehrheit ausreichend ist, da es sich um einen Geschäftsordnungsantrag handelt.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** zur Verschiebung des Tagesordnungspunkte 7.1 in den nichtöffentlichen Teil wurde mehrheitlich **zugestimmt** (26:13:04).

Herr Bähr, FDP-Fraktion, gab zu Protokoll, dass er aus Protest die Sitzung verlasse.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte **Nichtöffentlichkeit** her.

9. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 19.03.12

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer
Schriftführerin